



De Rude Pooz

Stadtteilzeitung der DKP Köln Innenstadt



März 2019

www.dkp-koeln.de

Mietenanstieg stoppen! Wohnen muss bezahlbar sein!

NRW-weite Mieterdemonstration am 6. April in Köln

In vielen Städten der Republik werden Mieterinnen und Mieter an diesem Tag gegen Verdrängung und Mietenwahnsinn demonstrieren. Kalle Gerigk von „Recht auf Stadt“ gehört zu den Aufrufern. Er sagt: „Wohnen ist für viele nicht mehr bezahlbar. Mieten für Wohnungssuchende sind in Großstädten seit 2010 um bis zu 40 Prozent gestiegen.

Bestandsmieter verlieren ihre Wohnung durch hohe Mietsteigerungen nach Modernisierung. Zwangsräumungen nehmen zu. Die Zahl der Obdachlosen in Köln steigt stetig.“

In der Tat verfällt der soziale Wohnungsbau. Er krankt an der zeitlichen Begrenzung von Miet- und Belegungsbindung. Seit Jahren fallen mehr alte Sozialwohnungen aus der Bindung, als neue gebaut werden. Wohnungen verkommen, solange Vermieter durch die Renovierung keine Gewinne machen können. Angesichts

von anhaltendem Wohnungsmangel steigen die Mieten. Das Problem heißt Markt. Ist ein Kraut dagegen gewachsen? Ja: Wohnungsbau in öffentlicher Hand. Stattdessen aber wird staatlich-erseys nicht etwa für bezahlbare

Weitere Inhalte dieser Ausgabe:

- Hände weg von Venezuela
- Für ein soziales und friedliches Europa der Völker
- HEAVY METAL
- Raus aus der Braunkohle!

Mieten gesorgt, sondern im Gegenteil die Gesetze des Marktes mit Gewalt durchgesetzt. Ohne eine Einschränkung der Eigentumsrechte keine Humanisierung der Wohnverhältnisse! (Grundgesetz Artikel 14,2: „Eigentum ver-



80 Menschen protestierten am 6.2.2018 in der Trajanstrasse 10.

Die Unternehmensgruppe „Haus Baden“ hatte allen Mietern gekündigt!

pflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“)

Erst recht gehört der soziale Wohnungsbau in öffentliche und gemeinnützige Hand!

Das Mietrecht wird immer wieder zugunsten der Eigentümer verändert. Schon 1990 wurde die Wohnungsgemeinnützigkeit samt der damit verbundenen Steuerprivilegien für gemeinnützige Wohnungsgesellschaften abgeschafft. Wir brauchen aber eine gesetzlich verankerte Neue Wohnungsgemeinnützigkeit, durch die gemeinnützige Wohnungsgesellschaften von Steuern befreit werden, solange

sie ihre Mieten billig halten und sozialen Bedingungen genügen.

Walter Stehling, DKP: „Wir sind am 6. April dabei. Zwangsräumungen müssen aufhören, ebenso wie die Spekulation mit Wohnraum und Grundstücken. Zweckentfremdung durch Umwandlung in Büroraum, Ferienwohnungen oder durch Leerstand ist konsequent zu unterbinden.“

Klaus Stein

Hände weg von Venezuela!

Der Putschversuch des selbsternannten Interimspräsidenten Juan Guaidó, Präsident der Nationalversammlung und Mitglied der ultrarechten Partei „Volkswille“ (Voluntad Popular, VP), verlief bislang erfolglos. Trotz massiver Unterstützung vor allem der US-Regierung, der EU und Deutschlands, die den Putschisten umgehend als Übergangspräsidenten anerkannten. Noch in der Nacht vor dem 23. Januar, dem Tag der Selbstermächtigung Juan Guaidós bei einer Kundgebung in Caracas, sicherte ihm US-Vizepräsident Michael Pence volle Unterstützung bei der Umsetzung seines „Planes“ zu, inklusive einer militärischen. Der Plan ging aber nicht auf. Weder folgten ihm bislang die Massen noch das Militär. Und selbst große Teile der Opposition lehnen einen gewaltsamen Sturz der Regierung und eine ausländische Militärintervention ab. Als völker-

rechtswidrig verurteilt wurde die Anerkennung Guaidós neben Russland, China, Mexiko, Indien und weiteren Ländern auch von einigen europäischen Ländern wie Italien, Griechenland und die Slowakei. Ebenso attestiert ein 7-seitiges Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages der Bundesregierung mit der Anerkennung Guaidós völkerrechtswidrig gehandelt zu haben. Und auch der UN-Generalsekretär António Guterres ist nicht bereit, den Putschisten anzuerkennen

und fordert zu einem Dialog auf. Unterdessen setzen die USA, ihre Verbündeten in Südamerika und die EU weiterhin ihren Kurs der Destabilisierung Venezuelas fort. Vor allem die Wirtschafts- und Finanzsanktionen der EU und der USA sind verantwortlich für die wirtschaftliche Krise Venezuelas. Die Regierung Maduros versucht verzweifelt der sich verschlechternden Versorgungslage und der Inflation mittels Subventionierung von Lebensmitteln und Lohnerhöhungen entgegenzuwirken. Die angebotene „humanitäre Hilfe“ seitens der USA und der Bundesregierung in einstel-

liger Millionenhöhe nimmt sich angesichts des ökonomischen Schadens, den diese Sanktionen anrichten, ziemlich lächerlich aus. Nach einem bewährten Muster dient der Verweis auf die Notwendigkeit der „humanitären Hilfe“ nur als Vorwand für eine militärische Intervention. So geschehen



Venezolanischer Staatschef Nicolas Maduro in Caracas.

© Copyright Sputnik / Carlos Herrera

z.B. in Jugoslawien, Irak und Libyen. Und auch aktuell mehren sich mit der Verlagerung von US-Spezialeinheiten in die Karibik die Anzeichen für die Vorbereitung einer US-Militärintervention gegen Venezuela.

Der Trump-Regierung geht es neben der Hegemonie in Südamerika und der Zurückdrängung des Einflusses von China und Russland vor allem um die Verfügung über die weltweit größten Erdölvorkommen mittels der Kontrolle über den staatlichen Erdölkonzern Venezuelas PDVSA und dessen in den USA angesiedelten Tochterunternehmen CITGO. So hat Guaidó im voraus-

eilendem Gehorsam dessen Privatisierung angekündigt. Was Deutschland, namentlich den sozialdemokratischen Außenminister Heiko Maas dazu veranlasst hat sich auf die Seite eines rechtsextremen Putschisten und hinter die imperialistische Politik der Trump-Regierung zu stellen gibt Anlass zur Spekulation.

Diese völkerrechtswidrige Politik der Einmischung in die inneren Angelegenheiten Venezuelas, die über das Land verhängten Sanktionen müssen beendet werden. Sie verschärfen die Krise und münden in letzter Konsequenz in einen weiteren Krieg.

Dirk

Gegen das EU-Europa der Banken, Konzerne und Kriegstreiber.

Für ein soziales und friedliches Europa der Völker!

Der Vertrag über die Europäische Union ist veränderlich. Der ursprünglichen Version von Maastricht 1992 folgten mehrere Änderungen, die Verträge von Amsterdam 1997, von Nizza 2001, von Lissabon 2007. Der gültige stammt von 2016. Alle Fassungen versprechen uns die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte. Ziel der EU sei es, den Frieden, die genannten Werte und das Wohlergehen ihrer Völker zu

fördern.

Es ist aber offenkundig, dass die EU diese Aufgaben nicht erfüllt.

Schon der zweite Satz der Gemeinsamen Bestimmungen schränkt den versprochenen „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts ohne Binnengrenzen“ durch Kontrollen ein. Sie betreffen die Außengrenzen, das Asyl und die Einwanderung. Daran arbeitet man noch in Brüssel.

Erst im dritten Satz wird der ökonomische Zweck der EU genannt: „Die Union errichtet einen Binnenmarkt.“ Der funktioniert.

Denn darum geht es: Die EU sichert den Banken und Konzernen erweiterte Einfluss- und Absatzmöglichkeiten. Aber die stetige Konkurrenz der großen Monopole erfordert immer wieder neue Regelungen. Gegenwärtig steht der Brexit an. Ständig verändern sich die Kräfteverhältnisse unter den herrschenden Konzernen und Banken. Aber veränderlich sind auch die Kräfteverhältnisse zwischen dem großen Kapital und den lohnabhängigen Menschen in Europa.

Das Programm der DKP von 2006 formuliert: „Die weitere Entwicklung der



In 2012, am Abe DGB-Haus am H um anlässlich de mit dem Widerst 2014 fanden in n (Belgien) Genera EU-Politik («Spa wendeten.

Europäischen Union wird davon abhängen, inwieweit es der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung, der globalisierungskritischen Bewegung, den demokratischen Kräften gelingt, im gemeinsamen Handeln die Beherrschung der EU-Institutionen durch das Monopolkapital



am 14. November versammelten sich vor dem Hans-Böckler-Platz in Köln an die 500 Menschen des Europäischen Generalstreiks ihre Solidarität mit den Streikenden in Südeuropa zu zeigen.

aus mehreren EU-Ländern (Griechenland, Italien, Spanien) zum Generalstreik statt, die sich gegen die Umsetzung der Reformmaßnahmen») in den nationalen Parlamenten

einzu-schränken, diese Institutionen zu demokratisieren und selbst Einfluss auf deren Entscheidungen zu gewinnen. Der imperialistische Charakter der EU-Konstruktion macht jedoch die Erwartung illusorisch, diese Europäische Union könne ohne einen grundlegenden Umbruch in ihren gesellschaft-

lichen Verhältnissen zu einem demokratischen, zivilen und solidarischen Gegenpol zum US-Imperialismus werden. Nur ein Europa, das gegen den Neoliberalismus und für den Frieden in der Welt arbeitet, würde das internationale Kräfteverhältnis entscheidend verändern. Dazu muss die Macht der Transnationalen Konzerne gebrochen und müssen die Kämpfe auf nationaler und europäischer Ebene miteinander verbunden werden.“

In diesem Sinne ist die Stimmabgabe für die DKP ein Votum für grundlegende Änderungen in Europa, ein Zeichen.

Die DKP Köln stellt über den Wahltermin hinaus die sozialen Interessen der arbeitenden Menschen in den Vordergrund ihrer politischen Tätigkeit. Wir beteiligen uns an der Bewegung für bezahlbares Wohnen und kämpfen ebenso dafür, dass für Gesundheit, Bildung, Wasserversorgung und Personennahverkehr im Sinne der Menschen gesorgt wird und nicht nach dem Profitprinzip.

Beschluss der DKP Köln zur EU-Wahl am 26. Mai 2019



EU-Wahl 26. Mai 2019: DKP wählen!

HEAVY METAL ODER SEIN LOFT IST IM KELLER

und wenn man es auch nicht glauben will, es geht immer tiefer.

die stufen runter, unter die alte fabrik auf der grenze zwischen nippes und ehrenfeld.

kaum licht, ein bißchen mond, ein bißchen laterne, der rest ahnung.

dann eine rostige eisentür, dahinter ein gang, genauso kalt wie draussen.

ein bißchen neon, welches sich dezent selbst beleuchtet und damit auch schon am ende seiner kraft ist. links und rechts hat es türen mit dicken schlössern, dahinter punk, reggae, heavy, ska, die ganze mitmachmöchtegerngegenturletztendlich-

dochnurpopscheiße. durch die türen erreicht einen nur der brei der bässe.

man schwimmt mit flatternden hosen durch den gang. da wo keine türen sind stapelt sich schrott und müll. nicht hingeworfen, hochgestapelt und, soweit erkennbar, sortiert.

echt große stapel aus eletrogeräten, fernseher und compis und dvd-player, der ganze scheid vor oder nach der organentnahme.

berge aus elektroplatinen. echt große knäuel aus allen möglichen drähten und kabeln.

es gibt kupfer, baby.

und wenn man es auch nicht glauben will, es geht immer tiefer.

weißblech, alu, säcke voll dosen, eine wanne mit rostigem eisen. man latscht an der ganzen metallenen menscheitsgeschichte vorbei: bronzezeit, eisenzeit..... etc.

licht, dahinten ist licht. eine scene wie gemalt. wie gemalt von einem dieser ganz frühen typen, wo sich das bild von einem zentralem kreis aus zum rand hin verdunkelt.

da hockt er, der manager des jahres.

wie immer vertieft in seine arbeit, diesmal einen computer seines innenbleches zu entleiben.

nicht ganz einfach, es ist scheidbekalt, der atem gefriert, die finger, die hände sind eh dick geschwollen. wie kack-



Walter Stehling, *Kaffee Deutschland unten*

würste kurz vor dem Knack und dazu nahezu schwarz.

schwarz wegen Durchblutung, bzw. fehlender, oder dreck, anwesend, schmauchspuren, ja, könnte. aber, schwarz, wahrscheinlich wegen einer Mischung aus allem.

Wir begrüßen uns, wir mögen uns, ich bring Bier, immer Dose. Wir trinken, ich Rauch mein Pfeifchen, die Bässe wabern, Gespräch ist ruhig. Ah, da löst sich das Blech aus dem Compiskelett um direkt per Luftpost auf einem Haufen Artgenossen zu landen.

(Fortsetzung folgt)

Achmet Schachbrett

Raus aus der Braunkohle!

Die Braunkohle schafft ein Klima-De-saster. Allein das Neurather Kraftwerk BoA 2/3 der RWE Power AG bläst jährlich mehr als 32 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Atmosphäre.

Zusammen mit den drei weiteren Großkraftwerken Weisweiler, Frimmersdorf und Niederaußem verdunkelt der Energiekonzern RWE den Kölner Himmel. Seine Wolkenfabriken tragen 100 Millionen Tonnen CO₂ pro Jahr ins

Land. Das ist ein Drittel des Gesamtausstoßes von NRW. Es fallen 1 Kilo CO₂ pro Kilowattstunde an. Die Braunkohleverstromung belastet die Region zudem mit Feinstaub, senkt das Grundwasser, verwüstet die Gegend, frisst den Hambacher Forst sowie ganze Dörfer samt landwirtschaftlichen Flächen.

Braunkohle ist schädlich. Gruben und Kraftwerke sind stillzulegen und durch erneuerbare Energiequellen zu ersetzen. Den Beschäftigten können dort Ersatzarbeitsplätze angeboten werden. Energie ist eine öffentliche Aufgabe und gehört in öffentliche Hand. Nur so kann verhindert werden, dass kurz-sichtige, allein an der Kapitalverwertung orientierte Privatinteressen ohne Rücksicht auf gesellschaftliche, Gesundheits- und Klimabelange die Energiegewinnung und -versorgung regulieren. Nicht zu bestreiten ist, dass es sich bei RWE um einen „Großbetrieb der Grundstoffindustrie“ handelt, um „ein Unternehmen, das wegen seiner monopolartigen Stellung besondere Bedeutung“ hat. Von solchen Unternehmen verlangt die NRW-Landesverfassung in Artikel 27, dass sie in Gemeineigentum überführt werden.

Es ist aber auch daran zu erinnern, dass das schon mal so war. Im Jahre 1920 erhielten die Kommunen im Zuge der Erhöhung des Aktienkapitals erstmals die Kapitalmehrheit bei RWE.

Beteiligt wurden unter anderem die Städte Bonn, Köln, Krefeld, Duisburg

Impressum:

Herausgeber:

Gruppenvorstand der DKP Köln-Innenstadt

Eigendruck

Kontakt:

vorstand@dkp-koeln.de

V.i.S.d.P.: Walter Stehling,

Bayenstraße 11, 50678 Köln

und Düsseldorf. Bis 1998 besaßen die kommunalen Anteilseigner Vorzugsaktien. Dann wurden die kommunalen Mehrstimmrechte abgeschafft. Unterdessen verfügen mehr als 100 Kommunen und kommunale Einrichtungen, die meisten aus NRW, immer noch über knapp 25 Prozent der RWE-Anteile.

Angesichts sinkender Börsenkurse und finanzieller Notlagen haben einige der Gemeinden mit dem Verkauf ihrer Anteile begonnen. Bochum stieß 2016/17 Anteile für 4,4 Millionen Euro ab, der Kreis Wesel, die Städte Mülheim und Herne sind dabei. Der Kreis Siegen-Wittgenstein verschleuderte noch im Juni 2018 RWE-Aktien für 2,4 Millionen Euro.

Organisationen wie Fossil Free und Greenpeace begrüßen das sogar. Sie wollen, dass die Kommunen in NRW aus Gründen des Klimaschutzes ihre RWE-Anteile verkaufen. Erst vor drei Wochen, am 18. Dezember vergangenen Jahres, triumphtierte die Divestment-Bewegung und freute sich darüber, dass die Düsseldorfer Rheinbahn AG die Grundlagen für den Verkauf der letzten RWE-Aktien in Besitz der Landeshauptstadt gelegt hätte. Die Stadt Düsseldorf setze damit ein Zeichen für den Klimaschutz.

Das mag sein. Tatsächlich aber kommt den Kommunen zusammen mit den Eigentumsanteilen das Recht abhanden, auf die Aktivitäten des Konzerns direkt Einfluss zu nehmen.

Die DKP Köln schlägt aus diesem Grunde vor, dass die Kommunen ihre Anteile an RWE behalten, sie sogar vermehren sollten. Offenkundig reicht das aber zur öffentlichen Lenkung und Kontrolle der Energiepolitik nicht aus. Bisher gebärden sich Innenminister Reul und Ministerpräsident Laschet als Pudel des RWE-Konzerns.

Zur Durchsetzung

- der Wiederherstellung der natürlichen Landschaft

- der Energiewende mit Schaffung von Arbeitsplätzen in der Produktion erneuerbarer Energie und

- eines Preisstopps für Haushaltsenergie

ist der Konzern gänzlich in öffentliches Eigentum zu überführen.

Es bietet sich an, diese Maßnahme gemäß Artikel 27 der Landesverfassung zu treffen, auf der Grundlage eines Gesetzes, das Umschulungsmaßnahmen, Übergangsregelungen und Sozialpläne für die Beschäftigten vorsieht und die Höhe der Entschädigung für private Anteilseigner bestimmt.

Entschädigungen für entgangene Gewinne sind auszuschließen.

Köln, 8. Januar 2019, Beschluss des Kreisvorstands der DKP Köln

Unser nächster Gruppenabend:

**3. Dienstag im Monat, 19:30 Uhr
Freidenkerzentrum Bayenstraße 11**

Schau doch mal vorbei!